

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

11.02.2026

Ausschussbetreuender Fachbereich

Jugend und Soziales

Schriftführung

Tatjana Mark

Telefon-Nr.

02202-141866

Niederschrift

Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann

Sitzung am Donnerstag, 20.11.2025

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

17:00 Uhr – 18:32 Uhr

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Bestellung einer Schriftführung sowie einer stellvertretenden Schriftführung
0709/2025**
- 3 Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**
- 4 Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden**
- 5 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6 Verpflichtung der Ausschussmitglieder**

0708/2025

- 7 **Gleichstellungspolitische Informationen**
0691/2025
- 8 **Tätigkeitsbericht Café GrenzenLos**
0704/2025
- 9 **Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates**
- 10 **Zustimmung zur Unterstützung der Maßnahme „Mehrgenerationenhaus“ in Trägerschaft der evangelischen Kirchengemeinde Stadtmitte**
0682/2025
- 11 **IV. Nachtragssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte**
0676/2025
- 12 **Geplante Tätigkeiten des neu gewählten Seniorenbeirates**
0474/2025
- 13 **Stellungnahme des Seniorenbeirates zum Thema "Parkscheinautomaten"**
0538/2025
- 14 **Bericht über die Verwendung der Mittel des Härtefallfonds, ehemals Löwenpass, im Jahr 2024**
0573/2025
- 15 **Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten und Obdachlosen in Bergisch Gladbach**
0677/2025
- 16 **Anträge der Fraktionen**
- 17 **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Frau Shakil (Vorsitzende) eröffnet die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße, rechtzeitige Einberufung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

Anschließend gibt sie die fehlenden Mitglieder bekannt. Entschuldigt fehlen:

- Frau Aroutiounian (CDU), vertreten durch Herrn Steinbuck
- Herr Maus (CDU), keine Vertretung
- Herr Pielasch (Volt/Freie Wählergemeinschaft), vertreten durch Herrn Talmon

Frau Shakil begrüßt die Anwesenden und bedankt sich für das entgegengebrachte Vertrauen. Nach einer kurzen Vorstellung ihrer Person und ihres Werdegangs hebt sie hervor, dass dieser Ausschuss Themen behandle, die das Leben aller Menschen in der Stadt unmittelbar betreffen. Mit Blick auf die Demokratie seien unterschiedliche Meinungen ausdrücklich gewünscht. Soziale Politik solle menschlich, verantwortungsbewusst und zukunftsorientiert sein. Ihr Ziel sei es, die Bürgerinnen und Bürger durch die Entscheidungen des Ausschusses zu stärken. Sie strebe daher einen fairen, wertschätzenden, lösungsorientierten und am Wohl der Menschen orientierten Rahmen an.

2. Bestellung einer Schriftführung sowie einer stellvertretenden Schriftführung 0709/2025

Keine Wortmeldungen.

Dem Beschlussvorschlag wird einstimmig zugestimmt: Tatjana Mark wird zur stellvertretenden Schriftführerin bestellt.

3. Genehmigung der Niederschrift der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird genehmigt.

4. Mitteilungen der/des Ausschussvorsitzenden

Frau Shakil (Vorsitzende) erinnert an den verstorbenen Herrn Friedhelm Bihn. Die Mitglieder des ASWDG erheben sich in stiller Erinnerung und Anteilnahme für eine Schweigeminute.

5. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Kranz (Verwaltung) stellt sich in seiner neuen Rolle als Abteilungsleitung Soziale Förderung vor. Er tritt die Nachfolge von Frau Engelberth an. Er freue sich auf die Zusammenarbeit.

6. Verpflichtung der Ausschussmitglieder 0708/2025

Die Vorsitzende (Frau Shakil) verliest den Verpflichtungstext. Die Mitglieder des ASWDG erheben sich und sprechen ihr nach:

Ich verpflichte mich, dass ich meine Aufgaben nach bestem Wissen und Können wahrnehmen, das Grundgesetz, die Verfassung des Landes und die Gesetze beachten und meine Pflichten zum Wohle der Gemeinde erfüllen werde (So wahr mir Gott helfe).

7. Gleichstellungspolitische Informationen 0691/2025

Frau Shakil (Vorsitzende) hebt die besondere Wichtigkeit der Arbeit der Gleichstellungsstelle hervor. Gleichstellung sei noch nicht erreicht, doch um das volle gesellschaftliche Potenzial ausschöpfen zu können, brauche es Chancengleichheit.

Die Gleichstellungsstelle bedürfe daher der vollen Unterstützung, zum Beispiel durch den Besuch von Veranstaltung oder das aktive Weitergeben von Informationen.

Frau Kläßen (Gleichstellungsbeauftragte) bedankt sich und verweist auf die schriftlichen Unterlagen.

Sie betont, dass der Städte- und Gemeindebund die Gleichstellungsarbeit als herausragend hervorgehoben habe. Als Hintergrundinformation teilt sie dazu mit, dass in einigen Bundesländern diskutiert werde, die Gleichstellungsstellen abzuschaffen. Die Gleichstellungsministerkonferenz habe jedoch nochmals die besondere Bedeutung dieser Arbeit unterstrichen.

Besonders wichtig seien ihr außerdem die Aktionstage gegen Gewalt an Frauen (der Flyer liegt dieser Niederschrift bei). Sie lädt zur Teilnahme ein und verweist insbesondere auf das Buch „Gegen Frauenhass“ von Christina Clemm. Zum Ende der Aktionstage (am 02.12.25) finde eine Lesung der Autorin statt.

Frau Shakil (Vorsitzende) hebt die besondere Wichtigkeit der Arbeit der Gleichstellungsstelle hervor. Gleichstellung sei noch nicht erreicht, doch um das volle gesellschaftliche Potenzial ausschöpfen zu können, brauche es Chancengleichheit.

Die Gleichstellungsstelle bedürfe daher der vollen Unterstützung, zum Beispiel durch den Besuch von Veranstaltung oder das aktive Weitergeben von Informationen.

Frau Kläßen (Gleichstellungsbeauftragte) bedankt sich und verweist auf die schriftlichen Unterlagen.

Sie betont, dass der Städte- und Gemeindebund die Gleichstellungsarbeit als herausragend hervorgehoben habe. Als Hintergrundinformation teilt sie dazu mit, dass in einigen Bundesländern diskutiert werde, die Gleichstellungsstellen abzuschaffen. Die Gleichstellungsministerkonferenz habe jedoch nochmals die besondere Bedeutung dieser Arbeit unterstrichen.

Besonders wichtig seien ihr außerdem die Aktionstage gegen Gewalt an Frauen (der Flyer liegt dieser Niederschrift bei). Sie lädt zur Teilnahme ein und verweist insbesondere auf das Buch „Gegen Frauenhass“ von Christina Clemm. Zum Ende der Aktionstage (am 02.12.25) finde eine Lesung der Autorin statt.

8. Tätigkeitsbericht Café GrenzenLos 0704/2025

Frau Kowalewski-Brüwer (Geschäftsleitung Inclusio Rhein-Berg gGmbH) präsentiert den Tätigkeitsbericht des Café GrenzenLos. Die Präsentation liegt dieser Niederschrift bei.

Nach dem Vortrag werden offene Fragen besprochen.

Herr Steinbuck (CDU) bezieht sich auf die im Vortrag genannten niedrigen Preise. Er fragt, ob die Möglichkeit bestehe, kostenfreies Leitungswasser zu bestellen, um soziale Kontakte zu pflegen, ohne Geld auszugeben.

Frau Kowalewski-Brüwer bejaht dies.

Herr Vossebrecker (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) bedankt sich für den Vortrag. Er fragt, ob die angepassten Öffnungszeiten ab Dezember gelten und ob dies bedeute, dass im letzten halben Jahr von den vertraglich festgelegten Öffnungszeiten von 20 Stunden abgewichen worden sei.

Frau Kowalewski-Brüwer teilt mit, dass das Café im Durchschnitt 19/20 Stunden geöffnet gewesen sei, zusätzlich zu den Gymnastikangeboten an Samstagen. Zudem überschreite man die gängigen Öffnungszeiten immer wieder durch Ausflüge, zum Beispiel ins Theater oder nach Köln zu einem Konzert. Dennoch habe man die Öffnungszeiten nun angepasst. Der offene Treff sei nun 20 Stunden geöffnet. Die Personalstunden liegen jedoch darüber, weil neben der Betreuung auch die Angebote betreut werden müssen.

Frau Klupp (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) bezieht sich auf die Personalkosten. Die Stellen seien in den ursprünglichen Unterlagen recht hoch eingruppiert gewesen, nun liege man aber doch deutlich darunter. Wirke sich dies auf den Zuschuss von 140.000 EUR aus und zahle die Stadt nun weniger?

Frau Kowalewski-Brüwer teilt mit, dass die Stadt bisher 70.000 EUR gezahlt habe. Die beiden Raten von Mai und November seien noch unterwegs. Es sei aber korrekt, dass die Eingruppierung nun niedriger ist als ursprünglich geplant. Die Idee sei gewesen, dadurch qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten, um einer Schließung vorzubeugen. Es sei jedoch qualifiziertes Personal gefunden worden, welches im Rahmen der üblichen Tarife und somit niedrigeren Eingruppierung im Café GrenzenLos arbeiten möchte.

Herr Klaas (SPD) bedankt sich für den Vortrag und lobt die Akquise von 20 ehrenamtlich Tätigen, dies sei heutzutage nicht leicht. Darauf könne man stolz sein. Er bittet darum, die Tätigkeiten der einzelnen Fachkräfte und Ehrenamtlichen genauer zu beschreiben.

Frau Kowalewski-Brüwer teilt mit, dass eine der hauptamtlichen Kräfte als Teamleiterin tätig sei. Sie gehe zusätzlich Aufgaben im Offenen Treff nach und führe Angebote auf Augenhöhe durch. Zudem pflege sie Kontakte zu anderen Anbieterinnen und Anbietern bzw. zu Akteurinnen und Akteuren im Kreisgebiet und erarbeite Konzepte.

Die Stellvertreterin nehme neben ihrer stellvertretenden Funktion ebenso Fachaufgaben wahr. Zudem unterstütze sie bei Problemen und sei insgesamt für die Gäste da.

Die Planung der Angebote erfolge gemeinschaftlich.

Die beiden anderen angestellten Kräfte betreuen den offenen Treff und die Angebote und unterstützen in der Hauswirtschaft, da für das Angebot natürlich auch eingekauft werden müsse.

Die Aufgaben der Ehrenamtlichen seien wiederum sehr unterschiedlich. Unter ihnen seien unter anderem auch Menschen mit Behinderungen. Teilweise begleiten sie Angebote oder unterstützen in der Küche bzw. im Service. Bei Bedarf leiten sie die angebotenen Spiele an und/oder spielen bei diesen mit.

Berufliche Hintergründe der Ehrenamtlichen seien u. a. (Sonder-)Pädagogik und Schule. Insgesamt seien sie eine große Stütze.

Herr Hildner (CDU) zeigt sich beeindruckt von dem Vortrag und lobt die besondere Berücksichtigung der Personengruppe über 27 Jahren. Er fragt, ob viele Menschen in dieser Altersgruppe das Angebot wahrnehmen.

Frau Kowalewski-Brüwer teilt mit, dass die erste Reaktion bei jungen Menschen aufgrund des Altersunterschieds oftmals zunächst etwas verhalten sei. Dies verliere sich aber im Miteinander, es sei schön zu sehen, dass das Alter in den einzelnen Angeboten bzw. insgesamt im Umgang keine Rolle mehr spiele.

Frau Opiela (CDU) empfiehlt den Besuch des Cafés und regt an, mit den Menschen dort ins Gespräch zu kommen. Sie hebt die inklusive Ausrichtung des Cafés hervor und fragt, wie die Akquise von Gästen umgesetzt werde. Auch fragt sie nach Kooperationen.

Frau Kowalewski-Brüwer erläutert, dass das Angebot ursprünglich als Begegnungsstätte mit Cafécharakter begonnen wurde. Dieses sei aber insbesondere von Menschen mit Behinderungen besucht worden. Man habe sich daher in einer sozialen Nische bewegt, die man gerne verlassen wolle.

Es sei daher geplant, sich künftig als Café zu positionieren, das für alle Menschen offen ist. Dazu sei auch das Logo überarbeitet worden. Dieses enthalte nun den Hinweis auf ein Café. Den Begegnungsbegriff habe man zudem bewusst beibehalten, da er den Kern widerspiegele und den Wiedererkennungswert erhalte.

Sie berichtet außerdem von regelmäßigen Besuchen im EVK, hier finde beispielsweise noch diese Woche der Markt der Möglichkeiten statt. Dabei gehe es nicht nur um ein Treffen mit den Patientinnen und Patienten, sondern auch mit Angehörigen und Personal.

Weiter sei das Café auch im Caritas Wohnhaus bekannt und man sei ständig unterwegs – zum Beispiel auch beim Stadtfest – um das Angebot bekannter zu machen.

Dennoch sei die Akquise von Gästen schwer. Die meisten kämen, weil ihnen davon erzählt wurde bzw. sie jemand dorthin eingeladen hat. Am effektivsten wirke nach ihrer Beschreibung genau das: Das Weitersagen und persönliche Einladungen. Mit der neuen Strategie wolle man dies bestärken und dazu beitragen, dass Gäste mit und ohne Behinderung erfahren, welche Angebote es gibt.

Frau Heiß (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) bezieht sich nochmal auf die Personalkosten: Wäre es nicht sinnvoll, wenn die Stadt weniger Zuschüsse zahlt, wenn diese nicht im vollen Umfang genutzt werden?

Frau Kowalewski-Brüwer (antwortet, dass dies eine verständliche und berechtigte Frage sei. Sie erläutert, dass die Zahlungen der Stadt so terminiert seien, dass immer mindestens ein Viertel im Voraus geleistet werden müsse. Das angesparte Geld des ersten Halbjahres werde daher bereits im folgenden Halbjahr benötigt. Es bestehe zudem eine Rückzahlungspflicht. Derzeit gebe es allerdings nichts zurückzuzahlen, da die Zahlung der Stadt noch nicht eingegangen sei.

Eine Herausforderung sei zudem die Einstellung einer Mitarbeiterin, die über das Jobcenter gefördert werde. Durch das Jobcenter werden ca. 95 % der Kosten in den ersten zwei Jahren gedeckt, danach werde die Förderung schrittweise reduziert. Ohne eine jährliche Aufstockung werde man daher innerhalb von eineinhalb Jahren wahrscheinlich mehr finanzielle Mittel benötigen.

Zudem erwähnt sie einen Arbeitsplatz, der im Berichtszeitraum zwar mit einem Monat vermerkt ist, aber der nicht gefördert worden sei. Dies ergebe ebenfalls einen höheren finanziellen Aufwand. Der Tätigkeitsbericht beinhalte daher lediglich das Minimum der tatsächlichen Ausgaben.

Frau Heiß (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) fragt in diesem Zusammenhang nach einem neuen Konzept. Könnte man ggf. gemeinsam überlegen, was geändert werden könnte, um die Gelder bestmöglich einzusetzen?

Frau Kowalewski-Brüwer gibt zu bedenken, dass das aktuelle Vorgehen erst seit Juli 2024 Anwendung finde.

Herr Dekker (Verwaltung) verweist auf die beschlossene Vertragssituation. Darin sei der Zuschuss ausdrücklich für die Förderung von Personal und Ehrenamtlichen festgelegt worden.

Er stimmt zu, dass geprüft werden müsse, wie die Mittel für Personalaufwendungen eingesetzt wurden und dass davon ausgehend entschieden werden könne, ob der Vertrag künftig angepasst oder doch unverändert weitergeführt werden solle. Dies sei jedoch nicht der richtige Rahmen, denn dies sei Aufgabe der Verwaltung.

Herr Willnecker (CDU) lobt das Café GrenzenLos. Er habe sich dazu informiert und das Café im Rahmen des Jubiläums besucht. Er empfiehlt einen Besuch, denn hier werde mit viel Herzblut gearbeitet.

Herr Talmon (Volt/Freie Wählergemeinschaft) wundert sich, dass der Tätigkeitsbericht nicht im Vorfeld vorgelegen habe. Dies hätte die Vorbereitung erleichtert. Zudem fehle ihm im Tätigkeitsbericht die Darstellung der Kontaktzeiten von Personal und Zielgruppe.

Frau Kowalewski-Brüwer antwortet, dass der Bericht zum 30.06. termingerecht vorgelegt worden sei. Nicht enthalten seien jedoch Kriterien, die zusätzlich gewünscht, aber vertraglich nicht festgeschrieben waren. Diese Kriterien seien vor zwei Wochen in einem gemeinsamen Termin mit Frau Hiller und politischen Vertretungen besprochen worden.

Sie erklärt, dass sie in der Kürze der Zeit nicht alle dieser zusätzlichen Punkte im Vortrag berücksichtigen konnte. Der Bericht entspreche daher ausschließlich dem, was im Vertrag festgelegt worden sei. Alles andere sei zum Stichtag noch ungeklärt gewesen.

Bezüglich der Arbeitszeiten der Mitarbeitenden betont sie, dass es einen Dienstplan gebe, in dem z. B. dokumentiert sei, wer wann im Cafébetrieb tätig ist. Während der Dienste sei das Personal bis zu 100% für die Gäste da, wobei dies nicht nur das Gesprächs- oder Spielangebot umfasse, sondern die gesamten Betreuungsangebote.

Frau Hiller (Inklusionsbeauftragte) äußert die Erwartung, dass im Tätigkeitsbericht im März des nächsten Jahres alle offenen Fragen, insbesondere zu den Personalkosten, vollständig geklärt sein werden. Dann werde man auch genau wissen, ob Rückzahlungen erforderlich sind, ob die Mittel ausreichen oder ob Anpassungen notwendig seien.

Aktuell bleibe der Status Quo bestehen, doch sie hoffe, dass durch Kennzahlen, Analysen und eine entsprechende Aufbereitung der Daten ein klares Bild der Situation entstehen werde.

9. Bericht aus der Arbeit der Beiräte und des Integrationsrates

Frau Gitschier-Piepenbrock (Seniorenbeirat) verweist auf die schriftlichen Unterlagen und berichtet, dass die Arbeit insgesamt gut laufe: Man arbeite engagiert, bestehende Projekte würden fortgeführt und es gebe viele neue Ideen.

Die Umsetzung sei jedoch manchmal eine organisatorische Herausforderung, als Beispiel nennt sie die Standbetreuung bei Veranstaltungen oder die Betreuung von speziellen Aktionen.

10. Zustimmung zur Unterstützung der Maßnahme „Mehrgenerationenhaus“ in Trägerschaft der evangelischen Kirchengemeinde Stadtmitte 0682/2025

Keine Wortmeldungen.

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Soziales, Wohnungswesen, Demografie und Gleichstellung von Frau und Mann der Stadt Bergisch Gladbach unterstützt die Fortführung des Projekts „Mehrgenerationenhaus“ in Trägerschaft der evangelischen Kirchengemeinde Stadtmitte in Bergisch Gladbach in den Jahren 2025 und 2026.

Das „Mehrgenerationenhaus“ ist Bestandteil der kommunalen Aktivitäten zur Schaffung verbesserten Entwicklungschancen und fairer Teilhabemöglichkeiten für alle Bürgerinnen und Bürger. Das Projekt ist Teil der kommunalen sozialräumlichen Planungen.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

11. IV. Nachtragssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte
0676/2025

Frau Werker (Verwaltung) erläutert, dass es sich um eine jährlich wiederkehrende Vorlage handelt. Es gehe darum, dass bei der Unterbringung von geflüchteten und/oder obdachlosen Menschen in Bergisch Gladbach Kosten entstehen; diese aktuellen Zahlen seien in der Nachtragssatzung hinterlegt.

Herr Cremer (AfD) fragt, ob es einen Grund gebe, wieso die Kosten für den Sicherheitsdienst nicht berücksichtigt worden seien. Zudem bittet er um eine Aufstellung der Kosten im Vergleich zum Vorjahr.

Frau Klupp (Bündnis 90 / DIE GRÜNEN) weist darauf hin, dass die Kosten für den Sicherheitsdienst auf Seite 35 und 36 der Vorlage erwähnt werden.

Herr Kranz (Verwaltung) berichtet, dass die Kosten in diesem Jahr aufgrund einer veränderten Gebäudestruktur und einer anderen Anzahl von Bewohnerinnen und Bewohnern leicht nach unten korrigiert wurden. Im Vorjahr lagen die Kosten bei rund 384 €, was ca. 10 Euro mehr war als in diesem Jahr.

Herr Steinbuck (CDU) überlegt, dass die Kosten von 370 Euro aus den vergangenen Kosten errechnet wurden. Er fragt, weshalb es daher keinen Zuschlag gebe, um die tatsächlichen Kosten von diesem Jahr – die z. B. aufgrund der Inflation weiter steigen – abdeckt? Einen Aufschlag von 5% empfinde er beispielsweise als angemessen.

Herr Kranz (Verwaltung) erläutert, dass die Berechnungen auf der gültigen Satzung beruhen. Dabei würden die Ist-Kosten des Vorjahres sowie die bereits feststehenden Kosten des laufenden Jahres berücksichtigt. Falls für das laufende Jahr noch nicht alle Daten vorliegen, greife man auf die Werte des Vorjahres zurück. Auf dieser Grundlage erfolge die Kalkulation.

Herr Steinbuck (CDU) fragt, warum die Leistungen den Leistungsberechtigten ausgezahlt werden, wenn sie dieses später wieder an die Stadt zurückzahlen müssen. Für Vermieter führe dies zu Verzögerungen, wohingegen früher das Geld direkt vom Amt überwiesen worden sei.

Frau Werker (Verwaltung) weist darauf hin, dass es sich um unterschiedliche Personen aus unterschiedlichen Rechtskreisen handle. Wie diese Gebühren bezahlt werden, hänge daher u. a. davon ab, ob die Personen erwerbstätig sind oder sie z. B. Geld vom Jobcenter erhalten. Dementsprechend gebe es unterschiedliche Verfahren.

Herr Talmon (VOLT/Freie Wählergemeinschaft) bittet die Verwaltung, dass in der nächsten Aufstellung auch eine Übersicht über die betroffenen Wohneinheiten zu erstellen. So könne man die Kosten besser zuordnen.

Frau Werker (Verwaltung) sagt zu, dass im letzten Ausschuss die Aufstellung im nicht öffentlichen Teil besprochen wurde. Diese werde sie ihm gerne weiterleiten.

Beschlussvorschlag:

Der Rat der Stadt Bergisch Gladbach beschließt die IV. Nachtragssatzung der Benutzungs- und Gebührensatzung der Stadt Bergisch Gladbach für städtische Unterkünfte für Flüchtlinge, Aussiedler, Obdachlose und Nichtsesshafte gemäß dieser Vorlage.

Die Mitglieder des Jugendhilfeausschusses stimmen dem Beschlussvorschlag einstimmig zu.

12. Geplante Tätigkeiten des neu gewählten Seniorenbeirates **0474/2025**

Keine Wortmeldungen.

13. Stellungnahme des Seniorenbeirates zum Thema "Parkscheinautomaten" **0538/2025**

Herr Steinbuck (CDU) lobt den Seniorenbeirat als sehr modern, da dieser sich für Parkautomaten mit Kartenbezahlung ausgesprochen habe und zudem geplant sei, Seniorinnen und Senioren hinsichtlich der App-Nutzung zu schulen. Parkuhren seien sehr teuer und wenn der Parkvorgang über Apps gesteuert werde, könne man auf lange Sicht Kosten sparen.

Herr Talmon (Volt/Freie Wählergemeinschaft) berichtet, dass sich die Freien Wähler freuen, dass der Seniorenbeirat die Lösung zur Begleichung der Parkgebühren begrüßt. Diese Lösung wurde ursprünglich von der Verwaltung und anschließend von der FWG angeregt und fand eine Mehrheit. Ziel war es, die teure Bargeldleerung aufzugeben, aber dennoch die Möglichkeit für alle zu schaffen, die kein Smartphone, jedoch eine Bankkarte besitzen, die Gebühren vor Ort zu begleichen. Auch die Händlerschaft befürworte diese Lösung. In diesem Zusammenhang stellen die Freien Wähler die Frage, wie es mit der Beschaffung der dafür geeigneten Parkautomaten aussehe.

Herr Dekker (Verwaltung) teilt mit, dass dies leider nicht der richtige Ausschuss für diese Frage sei. Die Verwaltung werde aber dennoch gerne schriftlich antworten.

14. Bericht über die Verwendung der Mittel des Härtefallfonds, ehemals Löwenpass, im Jahr 2024 **0573/2025**

Keine Wortmeldungen.

15. Sachstandsbericht zur Situation der Geflüchteten und Obdachlosen in Bergisch Gladbach **0677/2025**

Frau Werker (Verwaltung) ergänzt die aktuellen Zahlen, Stand 17.11.25. Die Zahl der aufzunehmenden Personen vom 01.10. bis 31.10. betrage zwölf und vom 01.11. bis 17.11. betrage sechs.

16. Anträge der Fraktionen

Keine Anfragen.

Die Vorsitzende (Frau Shakil) beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:32 Uhr.

17. Anfragen der Ausschussmitglieder

Keine Anfragen.

Die Vorsitzende beendet den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:32 Uhr.

Shakil (Vorsitzende)

Mark (Schriftführung)

